

JOSEF GELMI

Kirchliches Zeitgeschehen

1. Streiflichter

Zum Weltfriedenstag am 1. Jänner 1989 veröffentlichte Papst Johannes Paul II. ein Dokument zum Problem der Minderheiten in der Welt, das große Beachtung gefunden hat. Bei der Vorstellung des Dokumentes betonte der Präsident der Päpstlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, Kardinal Roger Etchegaray, daß die Verletzung von Rechten der Minderheiten zur schweren Bedrohung des inneren und äußeren Friedens führe. Mit Nachdruck werden in dem päpstlichen Schreiben allerdings auch terroristische Gruppen verurteilt, die im Namen von Minderheiten Gewaltakte ausführen. Wörtlich schreibt der Papst: „Blind zuschlagen, Unschuldige töten und blutige Repressalien durchführen, begünstigt keineswegs eine gerechte Würdigung der von den Minderheiten erhobenen Forderungen.“

Großes Aufsehen erregten zwei kurze Dokumente, die am 25. Februar 1989 im „Osservatore Romano“ erschienen. Es handelte sich um eine *neue Fassung des Glaubensbekenntnisses*, das alle abzulegen haben, die ein kirchliches Amt übernehmen und um die Formel eines Eides, der ebenfalls von allen zu leisten ist, die eine wichtige Stellung in der Kirche übernehmen. Dieser Treueid löst das seit 1967 gültige Bekenntnis für kirchliche Amtsträger ab, das den aus dem Jahre 1910 stammenden Antimodernisteneid ersetze. Diesen neuen Treueid, der heftige Diskussionen auslöste, hat Kardinal Ratzinger in einem Interview für österreichische Kirchenzeitungen verteidigt. Der Präfekt der Glaubenskongregation sagte,

daß der vor dem Konzil gültige Antimodernisteneid wegen seiner „umfänglichen doktrinären Aussagen“ abgeschafft worden sei. Damals habe man jedoch die Absicht gehabt, ihn durch etwas anderes zu ersetzen. Man habe nun versucht, einen Ausdruck dafür zu finden, „daß sich Glauke in der Treue zur Kirche und in der Übernahme ganz bestimmter Verpflichtungen konkretisiert, die jene in besonderer Form trifft, die ‚Verantwortung in der Kirche‘ übernehmen.“

Einen Angriff auf die Glaubenskongregation startete der bekannte deutsche Moraltheologe Bernhard Häring in seinem neuen Buch „Glaube, Geschichte, Moral“. Darin macht er den Vorschlag, die römische Kongregation solle ihre Arbeiten eine Zeitlang einstellen, über Gandhis Weg der Gewaltfreiheit nachdenken sowie ihre eigene Vorgangsweise reformieren. Auf diesen eigenwilligen Vorschlag antwortete Kardinal Ratzinger: „Persönlich fände ich es wunderbar, wenn ich jetzt ein Sabbatjahr einlegen könnte“. Was die Glaubenskongregation mache, sei aber „nicht irgendeine Verwaltungsgeschichte, die man einfach aussetzen kann.“

In Italien sind die Bischöfe zutiefst beunruhigt über die Gleichgültigkeit der Katholiken in ihrem Lande gegenüber der Morallehre der Kirche. Besorgniserregend sei vor allem der moralische „Subjektivismus“, klagen die Bischöfe. Inwieweit die Italiener zu ihrer Kirche stehen, wird sich bald auch auf einem anderen Gebiet zeigen. In dem laufenden Jahr startete die Kirche Italiens unter den Gläubigen eine „Werbekampagne“, mit der die Eigenfinanzierung gesichert werden soll. Ab dem nächsten Jahr entfällt der bisher geleistete

staatliche Beitrag für die Besoldung der Priester.

Anfang Mai 1989 starb Kardinal Siri, der die Diözese Genua von 1946 bis 1987 leitete. Er war ein Mann, der beständig davor warnte, mit überholten Formen auch die Substanz des Glaubens über Bord zu werfen.

In Österreich wurde der Wiener Erzbischof, Kardinal Hans Hermann Groér, am 13. März 1989 in geheimer Wahl auf einer Vollversammlung der Bischöfe zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz gewählt. Für den am 26. April in Wien verstorbenen Nuntius Michele Cecchini zelebrierte Groér ein Pontifikalrequiem. Bei dieser Gelegenheit sagte er, daß der päpstliche Botschafter trotz „Verleumdung, Spott, Kritik und Lieblosigkeit, die ihm wiederholt und auch öffentlich zuteil wurden, unbeirrt seinen Weg gegangen“ sei. „In reiner Absicht und immer bereit zu verzeihen, hat Nuntius Cecchini sein Leben vollendet.“

Schlagzeilen machte in Deutschland ein Protestschreiben von 34 Abgeordneten der Christlich-Sozialen Union im bayerischen Landtag, das sie Anfang des Jahres 1989 an den Papst sandten. Darin äußerten die CSU-Politiker „große Sorge“, aber auch „tiefe Verbitterung“ über die Tendenzen, die bei einem römischen Moraltheologenkongreß über die Enzyklika „Humanae Vitae“ zutage traten. Die Abgeordneten verwiesen auf ein Referat des Leiters des Päpstlichen Instituts für die Studien über Ehe und Familie, Monsignore Carlo Caffarra, und bat den Papst, dessen

Aussagen zur Empfängnisregelung „aus der Welt zu schaffen“. Der Monsignore hatte nämlich festgestellt: „Wer Verhüttungsmittel benutzt, will nicht, daß neues Leben entsteht, weil er ein solches Leben als Übel betrachtet. Das ist dieselbe Einstellung wie die eines Mörders, der es als Übel ansieht, daß sein Opfer existiert.“ Diese Behauptungen haben auch die fünf-

Diözesanbischöfe in Nordrhein-Westfalen unmißverständlich zurückgewiesen. Auch der neue Erzbischof von Köln, Kardinal Joachim Meisner, erklärte in einer Pressekonferenz im März, daß er solche „unbedachte Äußerung(en)“ nicht unterschreibe.

In der Diözese Rottenburg-Stuttgart wurde der bekannte Theologe Walter Kasper Nachfolger des verstorbenen Bischofs Georg Moser. Mit dieser Wahl waren Klerus und Volk allgemein zufrieden.

Allgemein begrüßt wurde, daß Frère Roger, der Gründer der Gemeinschaft von Taizé bei Cluny, am 4. Mai den internationalen Karlspreis von Aachen erhielt. Er gilt „als Vorbild der Versöhnung“ für ganz Europa.

In der Schweiz machte das Bistum Chur von sich reden. Bei Firmungsreisen des von vielen abgelehnten Bischof-Koadjutors Wolfgang Haas kam es immer wieder zu Konflikten. Bischof Vonderach appellierte deswegen in einem Hirtenbrief an die Gläubigen, sie sollten dem Weihbischof „Tür und Herzen“ öffnen. Unter Beschuß geriet in der Schweiz auch der Nuntius. Daher ließ die Bischofskonferenz in einem Presse-Kommuniqué verlauten: „Die in den letzten Monaten erhobenen Vorwürfe und Kritiken am Apostolischen Nuntius sind unbegründet und müssen zurückgewiesen werden.“ Um Überlebensfragen der Menschheit zu beraten, zu meditieren und gemeinsam zu beten, kamen zu Pfingsten 1989 über 700 Vertreter christlicher Kirchen in Basel zusammen.

Eine schlechte und eine gute Nachricht ist aus Holland zu vermelden. Die Hälfte aller katholischen Kirchen in der Diözese Haarlem muß bis zum Jahr 2000 geschlossen werden. Der zurückgehende Kirchenbesuch und die große finanzielle Belastung der Pfarreien machen diese tragische Maßnahme notwendig, erklärte ein Sprecher der Diözese. Erfreulich ist, daß

die überwiegende Mehrheit der katholischen Priester in den Niederlanden nach den Worten des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Adrianus Simonis, treu am Zölibat festhält.

Viel Staub wirbelte in der französischen Öffentlichkeit der „Fall Gaillot“ auf. Gaillot, der Bischof von Evreux, war immer wieder durch unkonventionelle Erklärungen zu moraltheologischen Fragen aufgefallen. Im Februar 1989 kam es zu einer Versöhnung zwischen dem aufmüpfigen Bischof und dem Vorsitzenden der französischen Bischofskonferenz, Kardinal Albert Decourtray. Gaillot sah ein, daß es einer gewissen Abstimmung zwischen den Bischöfen bedarf, damit die Verschiedenartigkeit der „pastoralen Optionen“ nicht zu Auseinandersetzungen führt.

Die skandinavischen Länder erfreuten sich erstmals eines Papstbesuches. Vom 1. bis 10. Juni 1989 besuchte Johannes Paul II. nacheinander Norwegen, Island, Finnland, Dänemark und Schweden. Diesen Ländern wirft man vor, sie litten an der „Skandinavisierung“. Damit meint man den großen Wohlstand, die hohe soziale Sicherheit und den weit reichenden Liberalismus, von dem diese Länder geprägt sind. Die Katholiken bilden in diesen Ländern eine verschwindende Minderheit. Dennoch gibt es einige erfreuliche Nachrichten. So ist in Schweden eine Schwesterngemeinschaft geschlossen zum Katholizismus übergetreten, und in Stockholm wurde das erste Priesterseminar der Nordischen Bischofskonferenz eröffnet.

Eine offene aber harmonische Aussprache über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vatikan und den US-Bischöfen fand Anfang März 1989 in Rom statt. Bei dieser Gelegenheit warnte Johannes Paul II. die Kirche in den USA vor zu großen Zugeständnissen an den Zeitgeist. Mit Nachdruck appellierte der Papst an die 35 Bischöfe, sich für den Schutz des Lebens

einzusetzen und den Wert von Ehe und Familie in der Gesellschaft zu stärken. Meinungsverschiedenheiten gab es über die Generalabsolution. Manche Bischöfe glaubten, daß durch diese Form wieder mehr Gläubige zur „Ohrenbeichte“ geführt werden könnten. — Auch in den USA müssen Gotteshäuser geschlossen werden. Finanzielle Schwierigkeiten und eine starke Abwanderungsbewegung von Gläubigen aus den Innenstädten an die Peripherie machen manche Kirchen in den Stadtzentren überflüssig.

In Lateinamerika untergraben immer mehr US-Sekten den Katholizismus. In Honduras warnte Erzbischof Enrique Santos mehrfach vor den amerikanischen Fundamentalisten. Nach neuen Informationen üben diese Sekten auf rund 15 Prozent der honduranischen Bevölkerung ihren Einfluß aus. Die Kirche Lateinamerikas wird aber auch belastet durch die Konflikte zwischen Traditionalisten und Fortschrittlichen. Hinzu kommen noch Drohungen der Terrorkommandos gegenüber jenen, die sich für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzen. So erhielten z. B. in Brasilien 350 katholische Laien, Priester und Bischöfe, die sich für arme Landarbeiter und eine Bodenreform stark machten, Todesdrohungen.

Schlagzeilen machte in Brasilien auch die Aufteilung der Diözese São Paulo. Neben dem Metropolitansitz São Paulo unter Leitung des deutschstämmigen Bischofs Evaristo Arns errichtete der Vatikan die Diözese Campo Limpo, Osasco, Santo Amaro und São Miguel Paulista. Damit wurde ein Vorschlag von Kardinal Arns abgeändert, der sein Erzbistum in neun abhängige Bischofsregionen aufteilen wollte.

Afrika stand im vergangenen Halbjahr wieder im Zeichen eines Papstbesuches. Johannes Paul II. besuchte den Kontinent zum fünften Mal, und zwar besuchte er vom 28. April bis 6. Mai die beiden Inseln

Madagaskar und La Reunion sowie die ostafrikanischen Länder Sambia und Malawi. Auch dieses Mal mied, wie bei seinen vorausgehenden Afrikareisen, das Oberhaupt der katholischen Kirche wegen der Rassentrennung Südafrika. In Reunion sprach der Papst Bruder Scubilon selig. Dieser hatte noch vor der Aufhebung der Sklaverei 1848 den Bewohnern der Insel gesagt, unabhängig davon, ob sie frei seien oder nicht, „für Gott seien alle Menschen Söhne, die Schwarzen und die Weißen.“ Aufsehen erregte der Papst, als er die Bevölkerung von Malawi aufrief, Aids-Kranke „wie Christus“ zu behandeln. Nach Schätzungen sind in dem Land etwa 15 Prozent der 7,5 Millionen Einwohner von der Immunschwäche befallen. Im Mittelpunkt der Papstreden standen aber auch diesmal der Kampf gegen die Empfängnisverhütung und die Ermahnung zum Festhalten an althergebrachten Werten sowie die Warnung vor den moralischen Gefahren der modernen Gesellschaft.

Im Libanon, der einmal als die Schweiz des Nahe Ostens galt, wird die Situation der Christen immer schlimmer. Das Katholische Informationszentrum erließ im April einen Aufruf, in dem es heißt: „Unser Land brennt, unsere Häuser werden über unseren Köpfen zerstört, unsere religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen stehen unter pausenlosem Bombardement.“

Verschlechtert hat sich auch die Lage der Christen im Iran, wo seit der Machtergreifung der Ayatollahs im Jahre 1979 die Christen systematisch verfolgt werden. Den Westen scheint dieses Problem kaum zu berühren, nur gegen das Todesurteil, das der inzwischen verstorbene Revolutionsführer Chomeini über den Schriftsteller Rushdie verhängte, machte man Front. In diesem Zusammenhang hieß es im „Osservatore Romano“, die verletzten Gefühle der Moslems verlangten den Respekt der

Katholiken. „Die Heiligkeit des religiösen Gewissens eines jeden Menschen kann jedoch nicht die Heiligkeit des Lebens anderer außer Kraft setzen.“ Anlässlich des Todes von Ayatollah Chomeini im Juni 1989 äußerte sich Johannes Paul II. „mit großem Respekt“ über den verstorbenen Revolutionsführer.

Während die katholische *Kirche Chinas*, wo es im Juni zu einem grauenvollen Blutbad der Militärs gegen die Bürger und protestierenden Studenten kam, unter der Spaltung zwischen der staatlich anerkannten „Patriotischen Vereinigung“ und der Untergrundkirche leidet, stellt sich die Kirche in Taiwan die Frage der Inkulturation. Erfreuliche Nachrichten kommen aus Hongkong, wo über 1700 Erwachsene in der Oster nacht 1989 das Sakrament der Taufe empfingen.

Mit der Perestrojka scheint auch die Religion in den Alltag der Sowjetunion zurückzukehren. So werden nun auch Klöster wieder geöffnet. Nach Angaben sowjetischer Zeitungen wurde in der moldauischen Republik das vor 26 Jahren geschlossene Maria-Himmelfahrts-Kloster von Keprianu wiedereröffnet und dem Moskauer Patriarchat übergeben. Auch Mutter Teresa erhielt die Erlaubnis, acht Angehörige des von ihr gegründeten Ordens in die Sowjetunion zu entsenden. In Litauen konnte der Vatikan die Hierarchie weiter ausbauen und eine Reihe von Bischöfen und Administratoren ernennen. Unter großer Beteiligung des Volkes wurden die Reliquien des heiligen Kasimir wieder in die katholische Kathedrale von Vilnius überführt. Ja, seit März 1989 ist sogar die Zeitung „Die katholische Welt“ an den Kiosken in Litauen erhältlich.

Ungarn reißt den Eisernen Vorhang nieder. Die angekündigte Auflösung des staatlichen Kirchenamtes wird als „ein großer Schritt zu wirklicher Freiheit der Kirchen“ gewertet. Der Sekretär der ungarischen Bischofskonferenz, Bischof Josef

Cserhati sagte: „Endlich fällt der Druck von 30 Jahren von uns ab. Wir werden wieder frei aufatmen können.“ Am 11. Februar durften fünf Weihbischöfe die Weihe empfangen, und die 1950 aufgelösten Ordensgemeinschaften sollen wieder zugelassen werden.

Auch aus Polen kommen Signale, die aufhorchen lassen. Mit dem am 17. Mai verabschiedeten Gesetzeswerk wurde zum ersten Mal in einem kommunistischen Land den Religionsgemeinschaften wirkliche Freiheit zugesichert. Der katholischen Kirche wurde nicht nur der legale Status zuerkannt, sondern auch Privilegien eingeräumt.

In Jugoslawien brechen die Wunden von gestern wieder auf. Ein Pamphlet gegen den Vatikan über das kroatische KZ Jasenovac vergiftet das Klima in diesem Land, das auch durch eine schwere politische und wirtschaftliche Krise geschüttelt wird.

Nur in der Tschechoslowakei scheint die Perestrojka noch kaum Früchte zu tragen, doch Kardinal Frantisek Tomasek, ein wahrer Felsen in der roten Brandung, ist guter Hoffnung, daß es bald auch in seinem Land eine Wende geben werde.

2. Rebellion gegen Rom?

Größtes Aufsehen erregten 163 Theologen aus dem deutschsprachigen Raum mit ihrer am Dreikönigsfest 1989 unterzeichneten Kölner Erklärung „Wider die Entmündigung — Für eine offene Katholizität“. In der Erklärung heißt es, es sei das Amt des Papstes, „im Konfliktfalle zusammenzuführen“, nicht aber, „ohne Dialogversuch zweitrangige Konflikte zu verschärfen, sie einseitig lehramtlich zu entscheiden und zum Gegenstand der Ausgrenzung zu machen“. Weiter heißt es in dem Papier: „Wenn der Papst tut, was nicht seines Amtes ist, kann er im Namen der Katholizität nicht Gehorsam verlangen; dann muß er Widerspruch erwarten“.

Als die schwersten Probleme werden genannt: die einseitige Besetzung von Bischofssitzen in der ganzen Welt unter Mißachtung der Vorschläge und gewachsenen Rechte der Ortskirchen; der Mißbrauch der kirchlichen Lehrbefugnis als Instrument der Disziplinierung; und der „theologisch höchst fragwürdige Versuch“, neben der jurisdiktionalen Kompetenz die Lehrkompetenz des Papstes unzulässig geltend zu machen und zu überziehen.

Der Aufstand dieser Theologen gegen den Führungsstil des Papstes nahm geradezu dramatische Formen an. Ein Theologe verglich in einem Interview Johannes Paul II. sogar mit dem iranischen Ayatollah Chomeini. Der Moraltheologe Bernhard Häring rechnete mit der römischen Kurie ab und sagte, die Kirche brauche eine Art „Amnesty International“, und Professor Peter Hünermann sprach in einem offenen Brief an den Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, von einer dritten Modernistenkrise.

Mehr als 130 Theologen aus Frankreich, der Westschweiz und aus Wallonien stellten sich Anfang März hinter die Anliegen der „Kölner Erklärung“. Nach ihnen sollten die aufgeworfenen Fragen „mit dem ganzen Ernst, der ihnen gebührt, in einem Klima der Freiheit diskutiert werden.“ Im Mai beanstandeten auch 63 italienische Theologieprofessoren den „autoritären Leitungsstil“ in der katholischen Kirche. In einem „Offenen Brief an die Christen“ bekundeten sie Sorge über „bestimmte Haltungen der zentralen Autorität der Kirche“ im Bereich der Lehre, der Disziplin und der kirchlichen Struktur. Sogar die angesehene katholische Monatszeitschrift „Jesus“ unterstützte die Erklärung der italienischen Professoren.

Der Vatikan reagierte auf die Angriffe aus dem deutschen Sprachraum zunächst gelassen. Papstsprecher Joaquin Navarro erklärte am 26. Jänner, das Ganze sei

lediglich eine „lokale Angelegenheit“, und Kardinal Baggio meinte: „Ketzer gab es immer schon und wird es immer geben.“ Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, verurteilte insbesondere den scharfen Ton der Formulierungen. Er meinte allerdings, daß es legitim sei, auch in der Kirche schwierige und strittige Fragen anzusprechen. „Es ist jedoch nicht hilfreich“, betonte der Bischof, „wenn dies in einseitig anklagender, schuldzuweisender, Sachfragen verkürzender und plakativer Art einer öffentlichen Erklärung geschieht.“

Sehr viel schärfer abgelehnt haben die „Kölner Erklärung“ einer der prominentesten deutschen Theologen, nämlich Walter Kasper, und der damals noch in Berlin weilende Kardinal Meisner. Letzterer sprach von Christen, die aus lauter Hybris jedes Maß verloren hätten und „sich Theologieprofessoren nennen“. Über 4000

katholische Frauen verfaßten in Deutschland eine Erklärung an den Papst, in der sie betonten: „Solange die Kirche Gott wichtiger nehme als die Anmaßungen des Zeitgeistes, fühlen wir uns in ihr zu Hause.“ In Österreich nahm der Wiener Weihbischof Krenn gegen das aufmüpfige Papier Stellung, indem er in einem offenen Brief schrieb: „Mit vielen Kollegen weise ich ihre Feststellung zurück, daß der Papst tut, was nicht seines Amtes ist.“ Schließlich warnte im Mai auch der Papst alle Theologen mit Nachdruck vor „offenen oder unterschweligen Formen eines parallelen und alternativen Lehramtes“. Er erinnerte die Theologen an ihre Verpflichtung zu einer „engen, treuen und respektvollen Zusammenarbeit mit den Bischöfen“. Es bleibt zu hoffen, daß dieser Phase der Konfrontation ein sachlicher, weiterführenden Dialog auf verschiedenen Ebenen folgt.



Johann W. Klaushofer
**GESTALT, GANZHEIT UND
 HEILSAME BEGEGNUNG
 IM RELIGIONSSUNTERRICHT**
 Eine Auseinandersetzung mit der Gestaltkatechese
 von Albert Höfer

brosch., 250 Seiten, öS 278,—

Dieses Buch stellt ein alternatives pädagogisches Konzept für den Religionsunterricht verständlich dar; es reflektiert grundsätzlich den Zusammenhang von Therapie und Seelsorge.

OTTO MÜLLER VERLAG SALZBURG